

## BERLIN

DR. HANS-PETER FRIEDRICH  
BUNDESINNENMINISTER

30. November 2011

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas-demokratiekongress.de](http://www.kas-demokratiekongress.de)

## Digitale (Un)Kultur und Demokratie

### 3. DEMOKRATIEKONGRESS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Lieber Herr Pöttering, liebe Frau Piepensneider, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte mich zu allererst dafür bedanken, dass wir heute nicht nur den 3. Demokratiekongress zusammen abhalten, sondern auch die Verknüpfung in die digitale Welt hergestellt haben. Politische Bildung und politische Betätigung im Netz gehören heute zusammen. Deswegen bedanke ich mich ausdrücklich, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung dies mit einem breiten Aufschlag aufgegriffen hat.

Als ich zugesagt hatte, bei diesem Kongress darüber zu sprechen, wie wir unsere Demokratie festigen und in eine gute Zukunft führen können, konnten wir alle noch nicht ahnen, wie brandaktuell diese Frage heute sein würde. Wir haben in den letzten Wochen in erschreckender Weise feststellen müssen, wie sehr unsere Demokratie, wie sehr unsere Freiheit, wie sehr unsere Art zu leben, auch miteinander umzugehen, gefährdet sind. Wir müssen alle gemeinsam daran arbeiten, dieses zerbrechliche Gut von Freiheit und Demokratie gegen jede Form von Extremismus, Terrorismus und Gewalt zu schützen. Auch und gerade das Internet wird zur Verbreitung extremistischen Gedankenguts, zur Stimmungsmache und Werbung von ideologischen Rattenfängern genutzt. Wenn wir uns im Internet die einschlägigen Seiten anschauen und uns den Geist und die Ideologie vergegenwärtigen, die dort sprechen, ist dies wirklich erschreckend. Dort wird die Forderung nach bedingungsloser

Unterordnung, die Forderung nach Führerschaft in einer alles umfassenden Hierarchie propagiert. Dies ist das Gegenteil von Freiheit, von Grundrechten und der Selbstentfaltung des Menschen. Und doch gibt es Menschen, die sich davon ansprechen lassen. Dies gilt insbesondere für junge Menschen. Wir stehen hier in der Verpflichtung, die gesellschaftlichen Strukturen und das Urteilsvermögen von Jugendlichen zu stärken, damit sie diesen Rattenfängern nicht auf den Leim gehen. Wir müssen dafür sorgen, dass diese jungen Menschen sich orientieren können, an einer politischen, offenen Meinungsbildung teilnehmen und dort ihre Standpunkte entwickeln können.

Mathias Döpfner hat in seinem jüngst erschienen Buch „Die Freiheitsfalle“ geschrieben: „Je freier die Deutschen und die Europäer geworden sind, desto unwichtiger wurde ihnen die Freiheit. Was man nicht hat, will man erringen, was man hat, nimmt man als gegeben, also als selbstverständlich hin. Diese Selbstzufriedenheit ist höchst gefährlich, denn das, was man nicht aktiv verteidigt, kann leicht wieder abhandenkommen.“

In Umfragen unmittelbar nach der Wiedervereinigung stand das Thema Freiheit ganz oben auf der Liste aller Wünsche. Doch schon wenige Jahre später, als die Freiheit für ganz Deutschland errungen war, bekommt man bei Umfragen die Antwort: Eigentlich ist Gleichheit wichtiger als Freiheit. Das muss uns aufrütteln. Es ist dabei in allererster Linie die Aufgabe der politischen Bildung, zu

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

DR. HANS-PETER FRIEDRICH  
BUNDESINNENMINISTER

30. November 2011

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas-demokratiekongress.de](http://www.kas-demokratiekongress.de)

erklären, was Freiheit bedeutet, Freiheit schätzen zu lernen und klarzumachen, dass Freiheit Voraussetzung dafür ist, dass der Einzelne sich als Persönlichkeit entfalten kann. Freiheit als Ziel der politischen Bildung und die Wertschätzung der Freiheit sind die Grundlagen für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat.

Dass die Konrad-Adenauer-Stiftung seit Jahrzehnten in vorbildlicher Weise in dieser Frage „Schätzen der Freiheit“ vorangegangen ist, zeigt auch das Jahresprogramm für das Jahr 2012. Dort heißt es: „Für die Demokratie grundlegend ist die Auseinandersetzung mit dem Links- und dem Rechtsextremismus, in der sich der wehrhafte Rechtsstaat bewährt.“ Tatsächlich: In dieser Auseinandersetzung, die für uns so zentral und wichtig ist, bewährt sich der Rechtsstaat.

Meine Damen und Herren, Sie können an diesem Beispiel sehen, dass es gerade CDU und CSU waren, die Angriffe von extremistischer Seite auf das politische Spektrum in der Mitte stets abgewehrt und dagegen argumentiert haben. Das entspricht der Geschichte unserer Parteien, CDU und CSU, die als Antwort auf ein gottloses Gewaltregime bis 1945 entstanden. In diesem Bewusstsein arbeiten diese Parteien und in diesem Bewusstsein sind auch diejenigen, die ihr nahestehen und die sich geistig mit ihr identifizieren, tief verwurzelt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung zählt zu den bewährten Trägern der politischen Bildung. Das liegt auch daran, dass sie immer nach vorne geblickt hat. Auch mit diesem Kongress und diesen klaren Orientierungen in Richtung Digitalisierung blicken Sie hier nach vorne in eine neue Dimension der Kommunikation und der politischen Meinungsbildung.

Das digitale Zeitalter ist vor allem durch einen Reichtum und eine Reichhaltigkeit von Möglichkeiten geprägt. Wir sind heute in der Lage, ganze Bibliotheken über den PC in unsere Wohnzimmer zu laden. Wir sind in der Lage, mit unseren Freunden und Bekannten rund um den Globus zu

kommunizieren. Früher hat man gesagt „live“, heute sagt man „in Echtzeit“. In Echtzeit können wir ständig und überall mit jedem kommunizieren. Die Digitalisierung verändert unser soziales Leben, unsere Gewohnheiten. Man kann das am besten an den Kindern und Jugendlichen sehen. Sie buchen heute ihre Flugtickets, ihre Bahntickets wie selbstverständlich über das Netz. Sie reisen wie selbstverständlich zu Weltjugendtagen oder sonstigen Ereignissen und Events, lernen dort Leute kennen, kommunizieren, chatten mit ihnen über Monate und Jahre hinaus, bleiben mit ihnen befreundet. Aber gleichzeitig sind es dieselben Jugendlichen, die oft die Gleichaltrigen in ihrer Straße nicht mehr kennen. Früher hätte sie mit ihnen Fußball gespielt. Es fehlen die freundschaftlichen Beziehungen zu den Gleichaltrigen aus der Nachbarschaft, die halt da waren, die man sich nicht aussuchen konnte, sondern die man nahm, wie sie waren.

Im Netz kann ich jetzt wählen: Wen will ich und wen schalte ich ab? Wer fliegt als Freund bei Facebook wieder raus und wer bleibt bei Google im Kreis drin? Diese Frage entscheide ich alleine. Und wer mir passt, bleibt drin, wer nicht, den schmeiße ich raus. Ich habe die Macht dazu – ohne Rücksprache, ohne klärende Worte, ohne Auseinandersetzung und die Möglichkeit zu Versöhnung. Das allein zeigt schon, wie sich soziale Umgebung für Kinder und Jugendliche verändert hat.

Auch der Vatikan hat sich bereits in einer Presseerklärung damit auseinandergesetzt, wer im Zeitalter der Digitalisierung eigentlich unser Nächster ist – im Sinne des christlichen Gebots „liebe deinen Nächsten.“ Der Nächste ist heute für viele eher derjenige, mit dem man täglich chattet, vielleicht sogar ohne ihn zu kennen, als derjenige, der nebenan oder in derselben Straße wohnt. Unsere soziale Umgebung und deren Wahrnehmung hat sich durch die Digitalisierung vieler Lebensbereiche verändert. Gleichzeitig eröffnen sich neue Mittel und Möglichkeiten, soziale Strukturen und emotionale Bindungen zu festigen. Wir erleben in den letzten Jahrzehnten ein Auseinanderbrechen der Großfamilien. In

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

DR. HANS-PETER FRIEDRICH  
BUNDESINNENMINISTER

30. November 2011

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas-demokratiekongress.de](http://www.kas-demokratiekongress.de)

den letzten Jahrzehnten mussten es immer mehr Menschen hinnehmen, die Eltern, die Schwiegereltern, die Kinder in weiter Entfernung zu haben, sie nur noch manchmal zu sehen. Doch plötzlich kam das Internet, kam Skype, kam die Möglichkeit, täglich miteinander zu kommunizieren. Wir können auch mit denen in Verbindung bleiben, die viele Kilometer entfernt sind. Ich weiß, was es für meine 78-jährige Schwiegermutter bedeutet, dass sie jetzt Skype auf ihrem Laptop hat und direkter und häufiger mit ihren Enkeln kommunizieren kann. Ich weiß, was es für mich als Vater bedeutet hat, als mein Sohn ein Jahr lang in Portugal in einem Behindertenheim gearbeitet hat. Wir waren sehr froh darüber, dass wir dank Skype ständig den Kontakt halten konnten.

Das Internet fördert mit seinen großen Chancen Strukturen der Kommunikation und des Zusammenhalts. Diese Möglichkeit sollten wir anerkennen und nutzen.

Aber das Internet bewirkt auch eine Beschleunigung unserer aller Alltagsabläufe. Das stellt jeden vor große Herausforderungen – auch Politiker. Früher bekam man einen Brief, den las man und nahm ihn sich zur Beantwortung vor. Und nach zwei Wochen, wenn man eine abgewogene Antwort hatte, dann wurde die dem Bürger übermittelt. Heutzutage erhält man eine SMS oder eine E-Mail oder eine Nachricht auf einem sozialen Netzwerk. Es wird dann erwartet, dass die Antwort spätestens am nächsten Tag folgt. Wenn ich einmal eine Woche nicht bei Google war, fragen sich viele Leute dort: Hat er es jetzt nicht mehr nötig, mit uns zu reden? Sie sehen, dass das Internet auch uns Politiker vor neue Herausforderungen stellt.

Das Netz macht viele Informationen oberflächlicher. Aufgrund des höheren Tempos hat man weniger Gelegenheit, sich mit den Dingen tatsächlich zu befassen. Die große Herausforderung für alle Beteiligten besteht darin, die Vielzahl der Informationen, die man aus dem Internet bekommt, auch richtig einzuordnen.

Diese Einordnung der Informationen haben früher, als Zeitungen das wesentliche Informationsmittel waren, ausschließlich die Journalisten in den Zeitungsredaktionen übernommen. Sie haben zugeordnet, sie haben eingeordnet, sie haben recherchiert, sie haben bewertet, sie haben kommentiert. Da man als Zeitungsleser die Journalisten im Laufe der Zeit einordnen konnte, konnte man auch ihre Darstellungen und Kommentare entsprechend zuordnen.

Das ist, wenn ich das Rohmaterial Information im Internet unstrukturiert und in erschlagender Fülle bekomme, so nicht mehr der Fall. Man steht hilflos vor einem großen, unsortierten Materialbestand an Informationen. Bei Vielen herrscht deshalb das Gefühl vor: Eigentlich ist es nicht zu meinem Vorteil, dass ich so viele Informationen bekomme. In diesem Wust an Informationen werde ich vielleicht sogar vom eigentlichen Kern der Wahrheit weg statt zu ihm hingeführt. Diese Sorge ist bei Vielen feststellbar. Unsere gemeinsame Aufgabe besteht deswegen in erster Linie darin, die Bereitstellung von Orientierungs- und Umgangsmöglichkeiten mit den gewonnenen Informationen zu ermöglichen. Woher kann diese Orientierungen kommen? Es ist wichtig, dass man dabei immer eine Rückbindung zur analogen Welt aufrechterhält. Diese Rückbindung findet in unserer Gesellschaft in vielfältiger Weise statt. Wir entdecken den Wert vom sozialen Miteinander wieder – in unserer Region, in unserer Gemeinde, in unserem Dorf, in unserer unmittelbaren Vereinsumgebung. Die in vielen Umfragen gemessene Zunahme der Bedeutung von Religion zeigt uns: Die Sehnsucht nach dem Religiösen, nach dem Spirituellen nimmt zu. Auch der Wunsch nach Familie ist wieder in besonderer Weise ausgeprägt. Die jüngste Shell-Jugendstudie zeigt, dass 76 Prozent der jungen Menschen sagen, dass man eine Familie benötigt, um wirklich glücklich leben zu können.

Digitalisierung erhöht die Sehnsucht, eine Rückbindung zum Analogen herzustellen. Auch die demokratischen Parteien können einen wichtigen Beitrag dazu leisten: Unser politisches System, unser Parteiensystem,

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

DR. HANS-PETER FRIEDRICH  
BUNDESINNENMINISTER

30. November 2011

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas-demokratiekongress.de](http://www.kas-demokratiekongress.de)

unser Wahlsystem sind auf die Kommunikation von Menschen ausgerichtet. Allein unser Wahlrecht mit seiner Mischung aus Direktkandidaten und Listenkandidaten zeigt: Es geht darum, dass man eine Kommunikation zwischen den Bürgern, zwischen den Wählern und den Abgeordneten – ob in der persönlichen Begegnung oder im Internet – herstellt.

Unser politisches System ist auch im Föderalismus begründet. Je näher man Entscheidungen an die Betroffenen heranbringt, umso besser ist es. Deswegen ist Föderalismus nach wie vor die für uns richtige Staatsform, der wir aber gleichzeitig auch die entsprechende Funktionsfähigkeit verleihen müssen.

Die politischen Stiftungen haben im Zeitalter der Digitalisierung die Aufgabe, die Kompetenz zur Einordnung von Informationen zu vermitteln und damit die Rückbindung des Digitalisierten an das Analoge herzustellen. Und dieses Vermitteln von Maßstäben von Orientierungswissen ist das eigentlich Zentrale, was wir uns zusammen auf die Fahnen schreiben und gemeinsam als Aufgabe vornehmen sollten. Politische Stiftungen leisten durch ihre Bildungsarbeit nicht nur einen kaum zu überschätzenden Beitrag zur Zukunft unseres Landes, sondern insbesondere einen Beitrag dafür, dass Demokratie auch im Zeitalter neuer Technologien und neuer Kommunikationsmöglichkeiten funktionsfähig bleibt.

Deswegen ist es richtig, dass die politische Bildung der Stiftungen nicht beim Bildungsministerium, sondern beim Bundesinnenministerium angesiedelt ist. Denn das Bundesinnenministerium ist zuständig für die Fragen des Zusammenhalts der Gesellschaft. Bei der politischen Bildung geht es um vielmehr als nur Bildung und Wissen, sondern genau darum, die Kompetenzen zu vermitteln, die dazu notwendig sind, um diesen Zusammenhalt sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, ich selber bin sehr häufig, wenn es meine Zeit erlaubt, über iPad und Computer im Internet, um

mir anzuschauen, was die Menschen in Deutschland zu den verschiedensten Themen meinen. Dort gibt es hochinteressante, hochqualifizierte Diskussionen, die einen weiterbringen. Manchmal bin ich aber auch erschreckt, mit welcher Rigorosität dort kommentiert und ausgeblendet wird. Das Internet bietet heute jedenfalls ein Stimmungsbarometer, mit dem ich als Politiker der Befindlichkeit in der Bevölkerung erspüren kann.

Wie nutzen wir das Internet und die Digitalisierung jedoch für eine Verbesserung der Kommunikation zwischen dem Staat und seinen Bürgern?

Wir haben heute schon gute Ansätze. Ich denke beispielsweise an den Deutschen Bundestag, der es inzwischen ermöglicht, dass Petitionen in elektronischer Form – auch als Massenpetitionen – eingereicht werden können. In der Vergangenheit war es für die Bürger ein größerer Aufwand, eine Petition einzureichen. Sie mussten das Anschreiben formulieren, Unterlagen zusammenstellen, sie zur Post zu bringen. Wollte man Unterstützer finden, so musste man selbst Unterschriften sammeln. Das kostete Geld und viel Zeit. Jetzt geht man an den PC und kann seine Petition einreichen. Dort wird sie online veröffentlicht. Sie kann dort öffentlich diskutiert werden. Andere können sich ihr anschließen oder dagegen argumentieren. Wir sollten das als Möglichkeit und Chance sehen.

Wichtig ist mir auch die Frage: Wie können wir das Internet nutzen, um Bürger noch mehr einzubeziehen, wenn es darum geht, große Projekte umzusetzen oder für diese Projekte mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu finden? Stuttgart 21 ist ein berühmt-berüchtigtes Beispiel. Man hat 15 Jahre lang diskutiert. Und als man anfangen wollte, zu bauen, herrschte bei vielen trotzdem das Gefühl, nicht zu Wort gekommen zu sein.

Die Frage, wie können wir diese Möglichkeiten der Digitalisierung auch nutzen, um die Menschen stärker und bereits im Vorfeld in solche Projekte

[Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.](#)

**BERLIN**

DR. HANS-PETER FRIEDRICH  
BUNDESINNENMINISTER

**30. November 2011**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas-demokratiekongress.de](http://www.kas-demokratiekongress.de)

einzubinden, setzt die Befähigung möglichst Vieler zur politischen Partizipation voraus. Denn wir wollen verhindern, dass nur eine kleine Minderheit, die es gelernt hat, ihre Interessen zu artikulieren, die sich interessiert und die mit dem Netz umgehen kann, sich einbringt und die große Masse der Bevölkerung außen vor bleibt. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass die große Masse der Bevölkerung ihre Interessen auch im Internet artikulieren kann. Denn das Internet bietet Möglichkeiten für eine breite und frühzeitige Beteiligung von Bürgern bei großen Projekten. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Beteiligung von Bürgern am politischen Geschehen nicht mehr nur eine Frage von Parteien ist. Auch Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen spielen eine Rolle. Das Internet hat neue Möglichkeiten der politischen Betätigung eröffnet. Es muss deshalb Aufgabe der politischen Bildung sein, den Menschen im ganzen Land die Fähigkeit zu verleihen, in diesem Netz mitzumachen. Die politische Bildung muss die Furcht vor dem Engagement nehmen, die vielleicht bei dem einen oder anderen vorhanden sein mag, und sie muss informieren, orientieren und aktivieren. Dieser Bedarf macht politische Bildung heute mehr denn je notwendig.

Trotz aller Vorteile des Internets freue ich mich, dass Sie nicht nur online hierhergekommen sind, sondern persönlich, analog und in Echtzeit. Deswegen sollten wir jetzt die Chance nutzen, zu diskutieren.